

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 9 (1919)

Heft: 44

Artikel: Prozesse

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-644941>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kirchberg mit dem Staate Bern vom 18. April 1865. Der Lindenplatz mit den vier Bäumen wurde unter der ausdrücklichen Bedingung abgetreten, „die auf dem verkaufsten Grundstücke sich befindlichen vier Linden zu schonen und zu jeden und allen Zeiten zur Erinnerung an die Billmerger Schlacht von 1712 zu dulden“. Die Kircheinwohngemeinde hat sich auch verpflichtet, vier junge Linden zu pflanzen und zu erhalten, ferner die Bänke zu erhalten und zu ersetzen, den Lindenplatz als öffentlichen Platz stets jedem zugänglich und in Ehren zu halten. Die Pflichten sind von der Kirchgemeinde wohl erfüllt worden; sie hat später auch zu Ehren der in Kirchberg verstorbenen internierten Franzosen von 1871 neben den Linden einen Gedenkstein errichtet.“

Die heutige Linde bei den Fraubrunner Denksteinen wurde 1898 an Stelle eines alten absterbenden Baumes gesetzt. Der junge Baum ist prächtig gediehen, wie die Abbildung auf Seite 525 zeigt.

Es ist zu hoffen, daß der verdienstvollen Anregung in recht vielen Gemeinden Folge gegeben wird. Wieviele aussichtsreiche Hügelstellen würden durch solch einen Friedensbaum oder eine Friedensbaumgruppe zu einem Orte stiller Beschaulichkeit und wehmuthvoller Erinnerung geweiht! Wollte man, wie es heilsam und vernünftig wäre, die kommenden Geschlechter vor einem ähnlichen schrecklichen Erlebnis bewahren, so müßte man alljährlich einmal die Jugend zu den Friedenslinden hinaufführen und ihr eindringlich und bereit den Wahnsinn des Krieges und den Segen des Friedens zu Gemüte führen.

Prozesse.

„Der Gefechtswert der roten Garde, die insgeheim schon besteht, darf nicht unterschätzt werden. Für Berlin muß man mit einer hohen fünfstelligen Zahl rechnen, die sich im Falle eines Aufstandes erheblich verstärken würde. Die beiden (geheimen) Organisationen der Revolutionsarmee tragen den Namen „Revolutionärer Matrosenbund“ und „Kampf- abteilung der klassenbewußten Arbeiter“. Die Zentrale beider Vereine befindet sich in Berlin, aber in allen größeren Städten existieren Zweigniederlassungen. Von der Kampf- abteilung der „Klassenbewußten Arbeiter“ gibt es in Berlin 22 Abteilungen. Die Organisation ist sehr gut ausgerüstet und verfügt über Panzerautomobile. Es handelt sich um einwandfrei festgestellte Tatsachen.“

Das ist eine der vielen Meldungen über geheime Rüstungen der deutschen Umsturzpartei. Verbreiter ist das Bureau Europapress, jene nach dem deutschen Zusammenbruch auftauchende deutsche Depeschenagentur, die um einige Töne neutraler sein soll als der rote Wolff, aber genau so neutral wie Wolff denkt. Das heißt, die Agentur denkt nicht, aber sie verbreitet Nachrichten im Interesse einer bestimmten Denkweise, die bei der heutigen Sachlage als gegenrevolutionär bezeichnet wird.

Der Mann, der die einwandfreien Feststellungen gemacht hat, heißt Major von Heeringen, ist Kommandeur des Schützregimentes von Großberlin und sprach seine Worte öffentlich vor seinem versammelten Regimente. Er sagte unter andern auch, bei dem geheimen Feinde würden sich viele Kameraden — lies Frontkameraden — finden. Von Heeringen, ein Junker, spricht sozusagen als Typus zahlloser Redner, die in diesen Tagen eifrig die Zeichen der Zeit deuten und die günstigen Minuten herauszulesen suchen. Anzeichen der günstigen Minuten aber sind die Regungen des geheimen Feindes.

Solche Offiziersreden besagen immer wieder zweierlei. Erstens: Es gibt eine Partei, die schafft, obzw. insgeheim an der Entfesselung einer neuen, radikalen Revolution. Zweitens: Es gibt eine andere Partei, die hofft, aus der Erhebung der radikalen Elemente das Material zur völligen

eigenen Restitution zu gewinnen. Und ein Drittes besagen sie auch: Die gegenwärtige Regierung, von rechts und links zugleich bedroht, sucht nach Mitteln, um beide Oppositionen zu bekämpfen. Die Linke läßt sie durch die Reichswehr niederhalten, die Rechte, die sie vorderhand braucht, schont sie, führt aber hauptsächlich im Parlament den polemischen Kampf, wenn die Angriffe zu scharf werden.

Nunmehr öffnet die Regierung ihre Archive und spielt die Dokumente vergangener kaiserlicher Diplomatie gegen die Herren selbst aus. Was man sich von der Archivlüftung versprach, eine einwandfreie Veröffentlichung aller Alten vor Ausbruch des Krieges, wird gar nicht in Erfüllung gehen. Die ganze, wohl durch Monate dauernde Verhandlung der Untersuchungskommission, die absichtlich vor aller Welt geführt wird und mit tüchtiger Beleuchtung schafft, wird Bühnenbilder und Szenen schaffen, die in erster Linie für die jetzige deutsche Regierung sprechen.

Mit voller Absicht griff die Regierungskommission, eine Vertretung der Mittelparteien, wie die Regierung selber, jene Phase der diplomatischen Verhandlungen heraus, die in erster Linie das Haupt der Militärpartei, Ludendorff, und in zweiter Linie den gestürzten Kronenträger belastet. Man will die Augen der Welt von den Zeiten ablenken, da auch Zentrum und Mehrheitssozialisten ohne Unterschied Hurra schrien und keine Miene machten, gegen Ludendorff oder Wilhelm II. zu arbeiten. In diesen klugen Plan passte schon Erzbergers Enthüllung, die einfach dem Volke zu zeigen hatte, wie die Militärdiktatur einen guten Frieden verscherzte.

Viel belastender sind die jetzigen Ergebnisse, und zwar diesmal vor allem für den Kaiser. Man wußte seit einem Jahr aus den Mitteilungen des jetzigen freiburgischen Abgeordneten Schulze-Gaevniße, daß die deutsche Regierung den uneingeschränkten Unterseekrieg begann, während noch geheime Unterhandlungen mit Wilson über die Fortführung seines Friedenswerkes stattfanden. Die anscheinende deutsche Treulosigkeit erklärte sich aus einer Doppelregierung: Der Kaiser schwankte zwischen Bethmann-Hollweg und Tirpitz-Ludendorff. Heute sagt uns Bernstorff, der in Berlin verhört frühere deutsche Botschafter in Washington, daß Wilson 1916 Deutschland vor dem „stählernen Friedensangebote“ warnte, weil die Entente es als Schwäche deuten würde. Trotzdem: Wilhelm II. holte zu seiner Geste aus: Auf Wilsons Anfrage nach den präzisierten Kriegszielen ließ man Bernstorff sagen, er möge die Sache dilatorisch behandeln, auf gut deutsch — in die Länge ziehen. Und schließlich ließ man in Washington mit düren Worten laut werden: Man habe auch mit einer allfälligen amerikanischen Kriegserklärung im Falle des Ubootkrieges gerechnet.

Die ganze weitere Verhandlung muß unter dem Gesichtspunkte des politischen Kampfes der jetzigen Regierung gegen die Monarchistenpropaganda betrachtet werden; ebenso wird der bald beginnende Prozeß des *Defaitist en Caillau* in Frankreich ein Kampf der Regierung Clemenceaus um ihre Stellung sein, zur Rechtfertigung des Krieges *jusqu'au bout*, der nun gewonnen wurde. Wäre Frankreich unterlegen, vielleicht säße Clemenceau auf der Anklagebank.

Nicht, ob Caillau Hochverrat verübt, ist der Kern der Anschuldigung, sondern ob er Recht hatte, den Krieg unzeitig als verloren zu betrachten. Die Geschichte gab ihm Unrecht, wenigstens bis zu den Friedensschlüssen von Saint Germain und Versailles.

Aber die jetzige Krisis ist nicht zu Ende. Niemand weiß die Wege der Entwicklung, die so sonderbar und plötzlich wenden können, wie der Zusammenbruch erst Russlands, dann der Mittelmächte zeigte. Wenn Graf Czernin, der dieser Tage nebst vielen Andern seine Ansicht über die Bedeutung der Friedensschlüsse und die gegenwärtige Entwicklung aussprach, recht hat, so sind die Zeiten der Ententefriedensdiktate nur Phasen des Krieges, nicht Abschlüsse. Möchten fernere Phasen doch unter dem Einfluß anderer Faktoren als Maschinengewehre und Tanks stehen! -kh-